Morgen-Ausgabe. Nr. 138 Dienstag, 23. März 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 50,96 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Ein Erlaß des Reichsministers Rust

Einsatz der Forschung für den Vierjahresplan

Planung und Zusammenfassung in einem „Forschungsrat"

Berlin, 22. März.

Reichserziehungsminister Rust hat durch Erlaß vom 13. März 1937 für den Bereich der ihm unterstehenden, sich mit der Forschung befassenden Stellen im Reichsgebiet einen Forschungsrat gebildet. Zum Präsidenten des Forschungsrates hat er den Dekan und ordentlichen Professor der Wehrtechnischen Fakultät der Technischen Hochschule Berlin, General der Artillerie Dr. phil. h. c. Dr.-Ing. Karl Becker, zu dessen Stellvertreter den Chef des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium, Staatsminister Dr. phil. Wacker, berufen.

Der Forschungsrat hat die Aufgabe, alle Kräfte auf dem Gebiet der Forschung im Hinblick auf die durch den Vierjahresplan gegebenen Erfordernisse einheitlich zusammenzufassen und planmäßig einzusetzen. Bestimmte Wissenschaftszweige sollen auf das durch den Vierjahresplan gesteckte Ziel ausgerichtet und die Mittel auf Grund einer planmäßigen Stellung der Aufgaben verteilt werden.

Diese Hervorhebung besonders wichtiger Forschungsaufgaben im Dienste des Volksganzen tastet den Grundsatz der freien Forschung, an dem gerade der nationalsozialistische Staat festhält, in keiner Weise an. Diese Freiheit der Forschung besteht aber nicht in der Willkür der Aufgaben, sondern in der Selbständigkeit ihres Verfahrens. In einem geschichtlichen Augenblick, in dem der Forschung Ziele von gewaltigem Umfange gestellt sind, deren Erreichung für das Volksganze lebensnotwendig ist, muß die Forschung sich mit besonderem Nachdruck gerade diesen Aufgabengebieten zuwenden und damit gegebenenfalls auch weniger wichtige und weniger dringliche Aufgaben selbst dann zurückstellen, wenn deren Bearbeitung dem bisherigen Arbeitsgebiet des Forschers oder der überkommenen Uebung bei der Verteilung der Mittel entspricht.

Die Einrichtung des Forschungsrates dient so der Planung und Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte, beseitigt aber nicht die bisher auf dem Gebiete der Forschung bestehenden Stellen und deren Verwaltung. Es soll damit auch nicht neben den bisherigen Stellen eine weitere Organisation ins Leben gerufen werden. Außer dem Präsidenten und seinem Stellvertreter besteht der Forschungsrat aus dem Geschäftsführer der Verwaltung, einem Rechtsbeirat und besonders zu berufenden sachverständigen Wissenschaftlern als Leitern der einzelnen Fachgliederungen, die im Forschungsrat gebildet werden sollen. Der gerechten planmäßigen Verteilung der Mittel auf die einzelnen Fachgebiete dient der Hauptbeirat, der aus den Organen des Forschungsrates und dem Präsidenten der deutschen Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung (Deutsche Forschungsgemeinschaft) besteht. Der Forschungsrat stellt ein begutachtendes und entscheidendes Gremium dar, für das eine eigene organisatorische Untergliederung nicht bestellt wird.

Durch die Bildung des Forschungsrates wird Bestand und Aufgabe der Deutschen Forschungsgemeinschaft nicht berührt. Vielmehr ist für ein sinnvolles Zusammenarbeiten gesorgt. Der Forschungsrat wird auf dem Gebiete der Aufgaben, die der Führer im Vierteljahresplan der deutschen Wissenschaft und Forschung gestellt hat, richtungweisend und bestimmend einwirken.

Lehrmittelstelle für Luftfahrttechnik

Berlin, 22. März.

Reichserziehungsminister Rust besichtigte Montag mittag die vom Reichserziehungsministerium gemeinsam mit dem Reichsluftfahrtministerium eingerichtete „Lehrmittelstelle für Luftfahrttechnik". Die Lehrmittelstelle für Luftfahrttechnik ist eingerichtet worden, um den laufenden Bedarf der deutschen Forschungsinstitute, der Technischen Hochschulen, der Universitäten und der Fachschulen an Luftfahrt-, Forschungs-, Unterrichts- und Anschauungsgeräten zu entsprechen. Mit der Entwicklung der deutschen Luftfahrt hat seit 1933 ein außerordentlicher Bedarf an Ingenieuren, Diplom-Ingenieuren und Forschern eingesetzt. Diesem Bedürfnis kann nur entsprochen werden durch eine planmäßige Ausbildungsarbeit des Reichserziehungsministeriums, das diese Arbeiten gemeinsam mit dem Reichsluftfahrtministerium zur Durchführung bringt. Die Besichtigung ergab, daß die Lehrmittelstelle in hervorragender Weise den gestellten Anforderungen entsprechen kann.

Der Schulleiter von New London gesteht seine Schuld

Gestohlenes Gas als Ursache des Einsturzunglückes – 426 Tote festgestellt

Neuyork, 22. März.

William Shaw, der Direktor der durch eine Gasexplosion zerstörten Schule von New London, hat vor einem Militäruntersuchungsgericht ein aufsehenerregendes Geständnis abgelegt, das die Ursache dieser Katastrophe völlig klärt. Der Direktor gab zu, daß die Schulleitung vor einem Monat in der Absicht, die Heizkosten zu senken, Gasrohre einer Privatgesellschaft, die unter dem Schulgebäude verliefen, anzapfen ließ. Auf diese Weise wurde ohne Wissen der Privatgesellschaft das Heizgas der Schule bezogen. Shaw, dessen eigener Sohn bei der Explosion getötet wurde, räumte ein, daß mehrere Sachverständige ihn vor dem gefährlichen Gas gewarnt hatten, und daß außerdem eine große Anzahl der Heizungsröhren ohne Abzugsventile waren und einfach im Mauerwerk der Wände endeten. Undichte Heizungskörper und gestohlenes Gas sind also die Ursachen des furchtbaren Unglücks. Inzwischen ist festgestellt worden, daß der Funken von einem elektrischen Schalter die angesammelten Gase zur Entzündung brachte. Der Schuldirektor ist nach seinem Geständnis völlig zusammengebrochen. Eine soeben herausgegebene offizielle Liste besagt, daß 426 Menschen bei dem Unglück ums Leben gekommen sind.

In einem Leitartikel erklärt die „Washington Post", das amerikanische Volk empfinde tiefe Dankbarkeit darüber, daß die ersten amtlichen Kundgebungen herzlicher Anteilnahme an dem schweren Unglück in Texas von deutschen Regierungsstellen kamen, obwohl eben erst der deutsche Protest wegen der Beleidigungen des Juden Laguardia erledigt worden ist. „Unsere freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Volk", so schließt das Blatt, „sind durch unverantwortliche Anklagen gefährdet worden. Ein tragisches Unglück wie das der Schulkinder in Texas hat jedoch wenigstens das eine Gute, daß es künstliche Schranken durchbricht und dazu beiträgt, daß künftig nicht wieder aus unverantwortlichen Angriffen ernste Spannungen entstehen."

Neugliederung des Reichsfinanzministeriums

Berlin, 22. März.

Die Aufgaben des Reichsfinanzministeriums haben sich in den letzten Jahren derart erweitert, daß die bisherige Abteilung für allgemeine Finanzpolitik (Abteilung I) aufgegliedert werden muß. Aus ihr werden drei Abteilungen geschaffen werden, und zwar Abteilung I für Reichs- und Länderhaushalte sowie Finanzausgleich, Abteilung IV für Besoldung, Bau und Liegenschaften, Abteilung V für Recht, Wirtschaft und internationale Finanzpolitik. Der durch diese Umbildung freiwerdende bisherige Leiter der Abteilung I, Ministerialdirektor Dr. Olscher, wird demnächst in den Vorstand zweier dem Reich gehörenden Gesellschaften, und zwar in die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG und in die Reichskreditgesellschaft AG übertreten und so seine Erfahrungen und Kenntnisse weiter dem Reich zur Verfügung stellen. Es werden nach der Neugliederung im Reichsfinanzministerium fünf Abteilungen bestehen: I. Reichs- und Länderhaushalte und Finanzausgleich; II. Zölle, Handelspolitik und Verbrauchsteuern; III. Besitz- und Verkehrssteuern; IV. Besoldung, Bau und Liegenschaften; V. Recht, Wirtschaft und internationale Finanzpolitik. Außerdem ist im Rahmen der Abteilung II die Stelle eines Generalinspekteurs des Zollgrenzschutzes geschaffen worden.

Der Norden und die Neutralität

Seit vielen Jahrzehnten ist man geneigt, den Norden Europas als ein Vorbild unbedingter Neutralität anzusehen. Skandinavien blieb auch nach dem Weltkriege so etwas wie ein Garten Eden der internationalen Politik, den selbst in kritischen Augenblicken die Wellen der großen Ereignisse nur umspielten. Mit dieser unbedingten Ruhe im Norden scheint es jetzt vorbei zu sein. Zwischen den Hauptstädten der skandinavischen Länder und denjenigen der sogenannten neutralen Staaten im nordwestlichen Europa besteht seit Anfang dieses Jahres ein überaus reger diplomatischer Verkehr. Minister reisen hin und her, Besprechungen werden abgehalten, ja sogar eine regelrechte Konferenz mit allem, was dazu gehört, hat stattgefunden. Dieser Bewegung im Norden kommt heute, wo es im Zusammenhang mit der Stellung Belgiens um die Neufassung des Begriffs Neutralität geht, besondere Bedeutung zu. Im Hinblick auf die Westpaktbemühungen bedeutet die Neutralität des Nordens ein Vorfeld, auf dem Fragen von großer Tragweite entschieden werden.

Die Entwicklung, die zu diesem Herausstreten der skandinavischen Staaten aus der Linie ihrer bisherigen selbstgewählten Zurückgezogenheit führte, begann erst Anfang dieses Jahres. Wenn man heute bereits von den Neutralen in Nord- und Nordwesteuropa als den Oslo-Staaten spricht und mit dieser Bezeichnung eine bestimmte politische Vorstellung verbindet, so liegt die Vermutung nahe, daß damit ein neuer Staatenbund in das europäische Kräftespiel eingetreten ist, dessen Mitglieder eine Willenseinheit bilden und ganz bestimmte Absichten verfolgen. Dem deutschen Beobachter muß diese Deutung als übertrieben oder zumindest als verfrüht erscheinen. Halten wir uns lediglich an die Tatsachen! Dabei ergibt sich folgendes Bild: Die von dem holländischen Ministerpräsidenten Colijn Anfang Januar angeregte Konferenz der Neutralen hat nach einem Kreuz und Quer vorbereitender Ministerreisen in der ersten Märzwoche im Haag stattgefunden. Vertreten waren Belgien, Holland, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland. Ueber das Ergebnis dieser Besprechungen ist nicht viel bekanntgeworden. Aus den Aeußerungen der beteiligten Minister muß man jedoch den Eindruck gewinnen, daß an praktischen Ergebnissen nicht allzuviel erreicht wurde. Sicherlich ist man sich des gemeinsamen Schicksals der neutralen Staaten und der Gefahren, die ihrer Neutralität im heutigen Europa drohen, stärker bewußt geworden als vielleicht je zuvor. Worin jedoch diese Gefahren liegen und wie man ihnen am besten begegnen kann, darüber gehen die Ansichten noch weit auseinander. Deshalb sind die Punkte der Haager Konferenz, die ein handgreifliches Bündnis oder gar eine Militärallianz zum Ziele hatten, unter den Tisch gefallen. Die ebenfalls erörterten Wirtschaftsfragen ließen erkennen, daß selbst auf diesem Gebiet tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sie müssen erst aus dem Wege geräumt werden, wenn ein allgemeines Wirtschaftsabkommen der Oslo-Staaten erzielt werden soll. So bleibt als praktisches Ergebnis dieser ersten Aussprache eigentlich nur die Erklärung übrig, nach der die Oslo-Staaten auf kulturellem, sozialem und verkehrspolitischem Gebiet zusammenarbeiten wollen. Die Lösung der politischen Fragen jedoch wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

An dem Zustandekommen des Oslo-Blockes sind gewisse Großmächte stark interessiert. Sie glauben aus einem solchen Staatenbunde Kapital für ihre eigenen politischen Absichten schlagen zu können. Es ist nicht ganz einfach, diese Hintergründe zu durchschauen, da die Erwartungen, die man in London und Paris auf einen geschlossenen „Block der Neutralen" setzt, ganz verschieden sind und da über die Ansichten der Außenämter zu diesem Problem Ungewißheit herrscht, die auch einige Aeußerungen in den Zeitungen nicht aufhellen können. Wie zweischneidig eine von England und Frankreich gewünschte Neutralität sein kann, ist in den letzten Wochen am Beispiel Belgiens klar geworden. Die Reise König Leopolds nach London und die damit in Zusammenhang stehenden neuen Bemühungen Englands, Belgien von der Notwendigkeit einer „Neutralität mit Generalstabsbesprechungen" zu überzeugen, haben den übrigen neutralen Staaten gezeigt, daß es gar nicht so einfach ist, den Wunsch nach Neutralität mit den besonderen Interessen gewisser Großmächte zu vereinbaren. Arbeitet das Foreign Office Belgien gegenüber mit Methoden, die einer Unterdrückung verzweifelt ähnlich sind, so wendet es den nordischen Staaten gegenüber andere Mittel an. Es geht zum Beispiel sehr geschickt auf die besondere Geisteshaltung der